

Geschäftsverteilungsplan des Bundesfinanzhofs für das Jahr 1993

A. Sachliche Zuständigkeit der Senate

I. Senat

1. Körperschaftsteuer, Vergütung von Körperschaftsteuer gemäß §§ 36b bis 36e EStG, Feststellungen gemäß § 47 KStG und Abrechnungsbescheide, die ausschließlich Fragen des § 36 Abs. 2 Nr. 3 EStG betreffen.
2. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer) und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a und b, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) die Anwendung des 6. Teils des Umwandlungssteuergesetzes 1977 (§§ 20 bis 23),
 - b) die Anwendung des DMBilG,
 - c) den Verlustabzug für ausländische Einkünfte nach § 2a Abs. 3 und 4 EStG, § 2 AIG,
 - d) die beschränkte Steuerpflicht, das Außensteuergesetz, die §§ 34 c, 34 d EStG und/oder die Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen, auch soweit daneben noch andere Fragen streitig sind,
 - e) Einkünfte aus selbständiger Arbeit natürlicher Personen und von Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben K bis Z.
3. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummern 1 und 2 Buchst. a bis d.
4. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben K bis Z, bei denen die Abgrenzung zwischen Einkünften aus selbständiger Arbeit und Einkünften aus Gewerbebetrieb streitig ist.
5. Tarifvorschriften gemäß § 32b EStG.
6. Steuerabzug vom Kapitalertrag (einschließlich Pauschsteuer gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer und Zinsabschlagsteuer) und Erstattung der Kapitalertragsteuer gemäß §§ 44b und 44c EStG.
7. Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen gemäß § 50a EStG.
8. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen gemäß § 18 AStG.
9. Kapitalverkehrsteuern.
10. Kirchensteuer mit Ausnahme der Haftungsfälle, für die der VII. Senat zuständig ist.
11. Allgemeines Abgabenrecht, soweit eine Steuerstreitigkeit
 - a) die Auskunfterteilung nach Maßgabe eines Rechtshilfe-, Amtshilfe- oder Doppelbesteuerungsabkommens, des § 117 AO 1977 und/oder des EG-Amtshilfe-Gesetzes oder
 - b) die Weitergabe von Informationen an ausländische Behörden oder Gerichte oder deren Unterlassung betrifft.

II. Senat

1. Einheitsbewertung.
2. Gesonderte Feststellung des Wertes der in § 11 Abs. 2 BewG bezeichneten Anteile an inländischen Kapitalgesellschaften.
3. Erbschaft- und Schenkungsteuer.
4. Grunderwerbsteuer.
5. Vermögensteuer.
6. Grundsteuer.
7. Rennwett- und Lotteriesteuer.
8. Versicherungsteuer.
9. Feuerschutzsteuer.
10. Wechselsteuer.
11. Spielbankabgabe.
12. Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern.
13. Lastenausgleichsabgaben.

III. Senat

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977, betreffend die Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen
 - a) mit den Anfangsbuchstaben A bis F, wenn die Streitsachen vor dem 1. 1. 1987 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind,

- b) mit den Anfangsbuchstaben S (ohne Sch), T bis Z, soweit nicht der IV. Senat (Nummer 1 Buchst. b der Zuständigkeit des IV. Senats) oder der VIII. Senat (Nummer 1 Buchst. a der Zuständigkeit des VIII. Senats) zuständig ist.
2. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer), betreffend
 - a) außergewöhnliche Belastungen, wenn nur diese streitig sind,
 - b) Tarifvorschriften gemäß §§ 32, 32a EStG, auch soweit die Zusammenveranlagung von Eheleuten wegen der Anwendung des Splittingtarifs streitig ist, wenn nur diese streitig sind.
3. Arbeitnehmervergünstigungen nach dem BerlinFG.
4. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummer 1.
5. Investitionszulagen.
6. Beförderungsteuer und Straßengüterverkehrsteuer.

IV. Senat

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
 - b) Einkünfte aus gewerblicher Tierzucht oder gewerblicher Tierhaltung,
 - c) Einkünfte aus selbständiger Arbeit natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben A bis J.
2. Gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A bis J,
 - b) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus gewerblicher Tierzucht oder gewerblicher Tierhaltung oder aus selbständiger Arbeit für alle Personengesellschaften,
 - c) Einkünfte aus selbständiger Arbeit für die Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A bis J.
3. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummer 1 Buchst. b und Nummer 2.
4. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben A bis J, bei denen die Abgrenzung zwischen Einkünften aus selbständiger Arbeit und Einkünften aus Gewerbebetrieb streitig ist.
5. Gesonderte Teilwertfeststellung gemäß § 55 Abs. 5 EStG i. V. m. § 179 Abs. 1 und 2 AO 1977.

V. Senat

Umsatzsteuer mit Ausnahme der Nummern 1 Buchst. b, 2 Buchst. c und 4 beim VII. Senat und der Nummer 6 beim XI. Senat.

VI. Senat

1. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer), betreffend
 - a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, mit Ausnahme der Nummer 2 beim I. Senat, der Nummer 2 beim III. Senat, der Streitsachen, für die der IX. Senat zuständig ist, der Nummer 3 beim X. Senat und der Nummer 1 Buchst. c beim XI. Senat.
 - b) Sonderausgaben gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG.
 - c) Veranlagung bei Bezug von Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, soweit ausschließlich die Anwendbarkeit des § 46 EStG streitig ist.
2. Lohnsteuer, mit Ausnahme der Nummer 2 Buchst. c beim VII. Senat.
3. Gesonderte Feststellung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.
4. Bergmannsprämien.
5. Vermögenswirksame Leistungen und Steuerermäßigungen nach den Vermögensbildungsgesetzen.

VII. Senat

1. Zölle und Verbrauchsteuern (§ 10 Abs. 2 Satz 2 FGO) sowie Marktordnungssachen

- a) Zölle einschließlich Zolltarif, sonstige Eingangs- und Ausfuhrabgaben, zugehörige Erstattungen und Subventionen,
 - b) bundesgesetzlich geregelte Verbrauchsteuern (Artikel 108 Abs. 1 GG) einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer sowie Finanzmonopole,
 - c) Marktordnungssachen (§ 29 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen) einschließlich Währungsausgleichsbeträgen und sonstigen Abgaben, Erstattungen und Subventionen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften.
2. Allgemeines Abgabenrecht und Prozeßrecht bei Streitigkeiten betreffend
- a) Angelegenheiten nach dem Steuerberatungsgesetz (§ 33 Abs. 1 Nr. 3 FGO),
 - b) Steuergeheimnis, wenn nur diese Frage streitig und nicht der I. Senat zuständig ist (Nummer 10 der Zuständigkeit des I. Senats),
 - c) Haftung für Kirchensteuer, Lohnsteuer und Umsatzsteuer, wenn diese nicht auf dem Einzelsteuergesetz beruhen und Grund oder Höhe der Steuer nicht streitig ist,
 - d) Aufrechnung, Abtretung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis und Abrechnungsbescheide, wenn nicht zugleich die Steuerfestsetzung streitig ist und nicht der I. Senat zuständig ist (Nummer 1 der Zuständigkeit des I. Senats),
 - e) Verwaltungsakte wegen Zwangsmitteln (§ 328 AO 1977),
 - f) Vollstreckung einschließlich der Zwangsvollstreckung nach der ZPO, ohne Arrestanordnung und Arrestvollziehung, ferner ausgenommen die Aufteilung von Gesamtschulden,
 - g) Kostenansatz und Kostenfestsetzung für gerichtliche Verfahren, soweit nicht nur die Wertberechnung streitig ist, mit Ausnahme der Nichterhebung von Kosten gemäß § 8 GKG,
 - h) landesrechtlich geregelte Kosten.
3. Kraftfahrzeugsteuer.
4. Umsatzsteuer, wenn lediglich streitig ist, welcher Nummer des Zolltarifs ein Gegenstand zuzuordnen ist.
5. Streitigkeiten, die im Geschäftsverteilungsplan nicht geregelt sind.

VIII. Senat

1. Einkommensteuer, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen nach § 17 EStG und gesonderte Feststellung dieser Einkünfte gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977,
 - b) Einkünfte aus Kapitalvermögen,
 - c) Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns.
2. Gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben K bis Z, soweit nicht der IV. Senat (Nummer 2 Buchst. b der Zuständigkeit des IV. Senats) zuständig ist, mit Ausnahme der Nummer 4 der Zuständigkeit des XI. Senats,
 - b) Einkünfte aus Kapitalvermögen.
3. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummer 2 Buchst. a, mit Ausnahme der Nummer 5 der Zuständigkeit des XI. Senats.

IX. Senat

Einkommensteuer, betreffend Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (auch im Lohnsteuerermäßigungsverfahren, mit Ausnahme der Streitsachen, in denen ausschließlich die Anwendbarkeit des § 39 a EStG streitig ist) und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO 1977, betreffend Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, mit Ausnahme der Nummer 3 beim XI. Senat.

X. Senat

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977, betreffend Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben A bis K, wenn die Streitsachen nach dem 31. 12. 1986 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind, soweit nicht der IV. Senat (Nr. 1 Buchst. b der Zuständigkeit des IV. Senats) oder der VIII. Senat (Nummer 1 Buchst. a der Zuständigkeit des VIII. Senats) zuständig ist.

2. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO 1977, betreffend sonstige Einkünfte.
3. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer), betreffend
 - a) Sonderausgaben gemäß §§ 10, 10b, 10c EStG, mit Ausnahme von Streitigkeiten, die nur § 10 Abs. 1 Nr. 7 oder nur Tarifvorschriften der §§ 32 bis 32b EStG betreffen,
 - b) Abzugsbeträge wie Sonderausgaben (einschließlich gesonderter Feststellungen) gemäß §§ 10e bis 10h, 52 Abs. 21 EStG, § 7 Fördergebietsgesetz,
 - c) Steuerermäßigung gemäß § 34f EStG mit Ausnahme von Streitigkeiten, die nur Tarifvorschriften der §§ 32 bis 32b EStG betreffen.
4. Steuerermäßigung gemäß §§ 16, 17 BerlinFG, wenn nur diese streitig ist.
5. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummer 1.
6. Wohnungsbau-Prämien.
7. Spar-Prämien.

XI. Senat

1. Einkommensteuer, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen und gesonderte Feststellung dieser Einkünfte gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977 für Personen mit den Anfangsbuchstaben L bis R und Sch, soweit nicht der IV. Senat (Nummer 1 Buchst. b der Zuständigkeit des IV. Senats) oder der VIII. Senat (Nummer 1 Buchst. a der Zuständigkeit des VIII. Senats) zuständig ist,
 - b) Verlustabzug, wenn Fragen des § 10d EStG streitig sind,
 - c) Abfindungen wegen Auflösung des Dienstverhältnisses (§ 3 Nr. 9 EStG) und Entschädigungen i. S. von § 24 Nr. 1 EStG bei Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit, auch soweit daneben noch andere Fragen streitig sind, mit Ausnahme der Zuständigkeit des I. Senats nach Nummer 2.
2. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummer 1 Buchst. a.
3. Streitsachen, in denen die Beschlüsse des Großen Senats des Bundesfinanzhofs vom 5. Juli 1990 GrS 2/89 und GrS 4—6/89 betreffend Erbauseinandersetzung und vorweggenommene Erbfolge von Bedeutung sind, soweit diese Streitsachen vor dem 1. 12. 1990 beim IX. Senat des Bundesfinanzhofes eingegangen sind.
4. Gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO 1977, betreffend Einkünfte aus Gewerbebetrieb für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben K bis Z, soweit nicht der IV. Senat (Nummer 2 Buchst. b der Zuständigkeit des IV. Senats) zuständig ist und soweit die Streitsachen in den Kalenderjahren 1988 und 1989 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind.
5. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummer 4, soweit die Streitsachen in den Kalenderjahren 1988 und 1989 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind.
6. Umsatzsteuer, mit Ausnahme der Nummern 1 Buchst. b, 2 Buchst. c und 4 beim VII. Senat, betreffend die Streitsachen der Eingänge beim Bundesfinanzhof im Kalenderjahr 1990.

Großer Senat

Fälle des § 11 Abs. 3 und 4 i. V. m. § 184 Abs. 2 Nr. 5 FGO.

Ergänzende Regelungen

I. Übergreifende Zuständigkeiten

1. Ist eine Entscheidung zu mehreren Steuern und/oder Steuerfestsetzungen und/oder gesonderten Feststellungen angefochten, welche nach den vorstehenden Regeln in die Zuständigkeit mehrerer Senate fallen, ist zunächst der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die Sache mit dem höchsten Streitwert fällt. Sind Schätzungen der Umsätze und der Einkünfte zugleich angegriffen, tritt an Stelle des V. Senats zunächst der I., III., IV., VIII., IX., X. oder XI. Senat.
2. Der gemäß Nummer 1 zuständige Senat ist allgemein zuständig für diejenigen Entscheidungen und Verfahrensmaßnahmen, welche aus prozeßrechtlichen Gründen nur einheitlich ergehen können, insbesondere für
 - a) die Verwerfung des Rechtsmittels als unzulässig,
 - b) die Zwischenentscheidung über die Zulässigkeit des Rechtsmittels,
 - c) die Entscheidung über den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Rechtsmittelfrist oder der Revisionsbegründungsfrist,

- d) für aufhebende Urteile gemäß § 119 FGO, sofern die Rüge das Urteil im ganzen erfaßt,
 - e) die Entscheidung über die Zulässigkeit der Klage, sofern diese einheitlich erhoben war, sowie im Falle des Artikels 3 § 1 VGFGentlG,
 - f) die Entscheidung über den Antrag auf Verlängerung der Revisionsbegründungsfrist.
3. Bei der Zuständigkeit gemäß Nummer 1 verbleibt es, wenn zu den mehreren Steuern oder Steuerfestsetzungen oder gesonderten Feststellungen nur solche Rechtsfragen streitig sind, die einheitlich zu entscheiden sind, oder im Fall der Nummer 1 Satz 2 außer der Schätzung keine andere umsatzsteuerliche Rechtsfrage streitig ist, oder zu der nicht in der allgemeinen Zuständigkeit des gemäß Nummer 1 zuständigen Senats liegenden Steuer nur unzulässige Verfahrensrügen erhoben worden sind.
 4. Ist der Rechtsstreit nicht auf Grund einer Entscheidung gemäß der Nummer 2 abgeschlossen und sind die Voraussetzungen übergreifender Zuständigkeit gemäß der Nummer 3 nicht erfüllt, wird durch die Trennung der Verfahren jeweils die Zuständigkeit des nach den allgemeinen Regeln der Geschäftsverteilung zuständigen Senats begründet und entfällt die Zuständigkeit gemäß den Nummern 1 und 2.
 5. Für Anträge auf Prozeßkostenhilfe zur künftigen Einlegung eines Rechtsmittels oder vor Begründung der Revision verbleibt es bei der Regelung der Nummer 1. Die Regelung der Nummer 4 greift erst ein, wenn nach Antragstellung die Revision zulässig eingelegt und begründet oder die Beschwerde zulässig eingelegt worden ist und die Verfahren zur Hauptsache getrennt worden sind.
 6. Sind mehrere Entscheidungen angefochten, die denselben Steuerpflichtigen betreffen, sind aber zu den mehreren Steuern oder Steuerfestsetzungen oder gesonderten Feststellungen nur materielle Rechtsfragen streitig, über die bei Zulässigkeit des Rechtsmittels einheitlich entschieden werden muß, ist der in Nummer 1 Satz 1 bezeichnete Senat zuständig. Der gemäß Nummer 1 Satz 2 i. V. m. den allgemeinen Regeln der Geschäftsverteilung zuständige Senat ist auch für die Umsatzsteuer zuständig, wenn dem einen angefochtenen Urteil eine Schätzung der Einkünfte, dem anderen eine Schätzung der Umsätze zugrunde liegt, mit beiden Rechtsmitteln die Schätzungen angegriffen wurden und über keine andere umsatzsteuerrechtliche Frage zu entscheiden ist.
 7. Die Zuständigkeit der einzelnen Senate für die ihnen geschäftsverteilungsmäßig zugewiesenen Rechtsgebiete wird nur dann begründet, wenn diese Rechtsgebiete streitig sind.

II. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem I., III., IV., VI., VIII., IX., X. und XI. Senat

1. Vorbehaltlich der Zuständigkeit des I. Senats gemäß Teil A Nr. 2 Buchst. a bis c und des XI. Senats gemäß Teil A Nr. 1 Buchst. c besteht bei Streitigkeiten mit mehreren Streitpunkten folgende Zuständigkeitsrangfolge (entsprechend der Reihenfolge):
Betrifft ein Streitpunkt
 - a) die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus gewerblicher Tierzucht oder Tierhaltung, ist der IV. Senat,
 - b) die Einkünfte aus selbständiger Arbeit, ist der I. oder IV. Senat,
 - c) die Einkünfte aus Gewerbebetrieb, ist der I., III., IV., VIII., X. oder XI. Senat,
 - d) die Einkünfte aus Kapitalvermögen oder die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns, ist der VIII. Senat,
 - e) den Verlustabzug nach § 10d EStG, ist der XI. Senat,
 - f) die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, ist der IX. oder XI. Senat,
 - g) die sonstigen Einkünfte, die Sonderausgaben gemäß § 10 mit Ausnahme des Abs. 1 Nr. 7, §§ 10b, 10c EStG, die Abzugsbeträge wie Sonderausgaben gemäß §§ 10e bis 10h, 52 Abs. 21 EStG, § 7 Fördergebietgesetz oder die Steuerermäßigung gemäß § 34f EStG, §§ 16, 17 BerlinFG, ist der X. Senat
 zuständig.
2. Ist streitig, ob Einkünfte oder Ausgaben den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, den Einkünften aus gewerblicher Tierhaltung oder gewerblicher Tierzucht oder den Einkünften aus selbständiger Arbeit zuzurechnen sind, ist der IV. Senat zuständig. Ist die Art der Einkünfte oder die Art der Ausgaben bei den anderen Einkunftsarten streitig, richtet

sich die Zuständigkeit nach der positiven Sachentscheidung der Vorinstanz. Hat diese über die Art der Einkünfte nicht entschieden, so richtet sich die Zuständigkeit nach der Entscheidung der Behörde.

3. Ergibt sich die Zuständigkeit weder nach den Zuständigkeitsregelungen für Einkommensteuer bei dem I., III., IV., VI., VIII., IX., X. oder XI. Senat noch nach den vorstehenden Ausnahme- und Abgrenzungsregelungen, so ist der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die überwiegenden streitbefangenen Einkünfte fallen.
4. Sofern die Geschäftsverteilung in Fällen der gesonderten Feststellung i. S. von § 180 Abs. 1 und 2 AO 1977 eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, wird sie wie folgt vorgenommen:
 - a) Trägt die Firmenbezeichnung Familiennamen, so ist immer der erste Buchstabe des ersten Familiennamens maßgebend,
 - b) in den übrigen Fällen ist immer der erste Buchstabe der Firmenbezeichnung maßgebend.
5. Sofern die Geschäftsverteilung bei natürlichen Personen eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, richtet sich die Zuständigkeit in den Fällen, in denen
 - a) der Steuerpflichtige verstorben oder in Konkurs gefallen ist oder einen Steuererstattungsanspruch abgetreten hat, nach dessen Familiennamen und dessen Verhältnissen (vgl. Nummer 3),
 - b) Ehegatten, die im Vorgriff auf die gesetzliche Neuregelung des Namensrechts ihren jeweiligen Geburtsnamen nach der Eheschließung beibehalten und keinen gemeinsamen Ehenamen führen, nach dem Namen des Ehegatten, dessen Anfangsbuchstabe in der Reihenfolge des Alphabets als früherer genannt ist.
6. In Haftungsfällen richtet sich die Zuständigkeit nach dem Namen des Steuerschuldners, in dessen Person die Steueransprüche entstanden sind.

III. Abgabenordnung 1977 (AO 1977), Reichsabgabenordnung und Finanzgerichtsordnung (FGO)

— einschließlich der jeweiligen Nebengesetze —

1. Die vorstehenden Zuständigkeitsregelungen betreffen auch alle Nebenverfahren, z. B. die Verfahren über die Nichtzulassungsbeschwerde und den vorläufigen Rechtsschutz (§§ 69, 114 FGO) und auch solche Verfahren, die sich zwar aus dem Hauptverfahren ergeben, mit diesem aber in keinem sachlichen Zusammenhang stehen (z. B. wegen Ordnungsgeld gegen nicht erschienene Zeugen).
2. Vorbehaltlich der Zuständigkeit des VII. Senats (Nummer 2 der Zuständigkeit des VII. Senats) entscheiden grundsätzlich die Fachsenate über Fragen der Abgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung. Abweichend davon ist für Fälle, in denen ausschließlich Fragen der Abgabenordnung streitig sind und der V. Senat oder der XI. Senat (vgl. Nummer 6 der Zuständigkeit des XI. Senats) als Fachsenat zuständig wäre, der X. Senat zuständig.
3. Streitsachen über die Anordnung und Durchführung einer
 - a) überwiegend Veranlagungssteuern umfassenden Betriebsprüfung bzw. Außenprüfung (§§ 193 ff. AO 1977) entscheidet der zuständige Ertragsteuersenat,
 - b) eine einzelne Steuerart betreffende Prüfung in entsprechender Anwendung der vorstehenden Nummer 2 der für die jeweilige Steuerart zuständige Fachsenat.

IV. Übergangsregelungen

1. Anhängige Streitsachen gehen von dem bisher zuständigen Senat auf den auf Grund der Änderung des Geschäftsverteilungsplans neu zuständig gewordenen Senat in der Verfahrenslage über, in der sie sich befinden. Nach Vorbescheid, Mitteilung nach Art. 1 Nr. 7 BFHEntlG oder mündlicher Verhandlung tritt keine Änderung der Zuständigkeit mehr ein.
2. Der Geschäftsverteilungsplan 1984 gilt für Zuständigkeitsregelungen, die im vorliegenden Geschäftsverteilungsplan nicht aufgeführt sind, für den Fall fort, daß insoweit künftig noch Streitsachen anhängig werden.
3. Soweit sich Zuständigkeitsregelungen auf z. Z. geltende Gesetzesvorschriften beziehen, gelten sie auch für die entsprechenden Vorschriften in früher geltenden Gesetzen, wenn in Streitsachen das frühere Recht maßgebend ist.

V. Anwendung des Geschäftsverteilungsplans

Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Senaten über Fragen der Geschäftsverteilung entscheidet das Präsidium.

B. Besetzung der Senate mit Vertretungsregelung

I. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Schmidt

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Wassermeyer

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Wassermeyer

Richter am Bundesfinanzhof Brenner

Richter am Bundesfinanzhof Hofmeister

Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Ahmann

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Steinhauß
für die Richterin am Bundesfinanzhof
Dr. Ahmann

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Pezzer
für die Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Wassermeyer,
Brenner und Hofmeister

II. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzende Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Hofmann

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Mößlang

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sack

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Albrecht

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dötsch

Richter am Bundesfinanzhof Viskorf

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Köpp
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Mößlang und Dr. Sack

Richter am Bundesfinanzhof Spindler
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Albrecht, Dr. Dötsch und Viskorf

III. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Hauter

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwendy

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sunder-Plassmann

Richter am Bundesfinanzhof Herden

Richter am Bundesfinanzhof Brockmeyer

Richterin am Bundesfinanzhof Kaufmann

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Sondergeld
für den Richter bzw. die Richterin am Bundesfinanzhof
Brockmeyer und Kaufmann

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hohrmann

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Schwendy, Dr. Sunder-Plassmann und Herden

IV. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Groh

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Weiß

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Bordewin

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Freiherr v. Schönberg

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Kanzler

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Kempermann

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richterin am Bundesfinanzhof Kaufmann

für die Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Bordewin und Dr. Freiherr v. Schönberg

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gschwendtner

für die Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Weiß, Dr. Kanzler und Dr. Kempermann

V. Senat

Vorsitzender:

Vizepräsident des Bundesfinanzhofs
Dr. Offerhaus

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Padberg

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wagner

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Birkenfeld

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwakenberg

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Klenk

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Weber-Grellet

für die Richter am Bundesfinanzhof

Padberg und Dr. Schwakenberg

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gosch

für die Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Wagner, Dr. Birkenfeld und Dr. Klenk

VI. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Keßler

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Drenseck

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Thomas

Richterin am Bundesfinanzhof Völlmeke

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Lang

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Christiansen

Richter am Bundesfinanzhof Thürmer

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Müller-Eiselt

für die Richter bzw. die Richterin am Bundesfinanzhof
Thomas, Völlmeke und Dr. Christiansen

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dötsch

für die Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Drenseck, Dr. Lang und Thürmer

VII. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Beermann

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Olbertz

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hein

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hohrmann

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Müller-Eiselt

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Köpp

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richterin am Bundesfinanzhof Völlmeke

für die Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Olbertz und Dr. Müller-Eiselt

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Pfeiffer

für die Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Hein, Dr. Hohrmann und Dr. Köpp

VIII. Senat

Vorsitzender:

Präsident des Bundesfinanzhofs Prof. Dr. Klein

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Grube

Weitere Mitglieder:

Richterin am Bundesfinanzhof Ruban
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wolff-Diepenbrock
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gschwendter
Richter am Bundesfinanzhof Steinhauß

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Ahmann
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Grube und Dr. Gschwendter
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Christiansen
für die Richterin bzw. Richter am Bundesfinanzhof
Ruban, Dr. Wolff-Diepenbrock und Steinhauß

IX. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Ebling

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Herrmann

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gorski
Richter am Bundesfinanzhof Spindler
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Pezzer
Richter am Bundesfinanzhof Sondergeld

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Viskorf
für die Richter am Bundesfinanzhof Dr. Herrmann,
Spindler und Dr. Pezzer
Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Martin
für die Richter am Bundesfinanzhof
Sondergeld und Dr. Gorski

X. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Woerner

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Mathiak

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof von Groll
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Fischer
Richterin am Bundesfinanzhof Boeker
Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Martin

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Lang
für den Richter bzw. die Richterinnen am Bundes-
finanzhof von Groll, Boeker und Dr. Martin
Richter am Bundesfinanzhof Thürmer
für die Richter am Bundesfinanzhof
Mathiak und Dr. Fischer

XI. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Widmann

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Hellwig

Weitere Mitglieder:

Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Ebling
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Weber-Grellet
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Pfeiffer
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gosch

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wagner
für den Richter bzw. die Richterin am Bundesfinanz-
hof Hellwig und Dr. Ebling
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Klenk
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Weber-Grellet, Dr. Pfeiffer und Dr. Gosch

Großer Senat

Vorsitzender:

Präsident des Bundesfinanzhofs Prof. Dr. Klein

Vertreter:

Vizepräsident des Bundesfinanzhofs Dr. Offerhaus

Bestellte Mitglieder und bestellte Vertreter:

I. Senat: Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Schmidt

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Wassermeyer

II. Senat: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Mößlang

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Sack

III. Senat: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sunder-
Plassmann

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Herden

IV. Senat: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Borde-
win

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Kempermann

V. Senat: Vizepräsident des Bundesfinanzhofs
Dr. Offerhaus

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Padberg

VI. Senat: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Drenseck

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Thomas

VII. Senat: Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Beermann

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Hein

VIII. Senat: Präsident des Bundesfinanzhofs Prof.
Dr. Klein

Vertreter: Richterin am Bundesfinanzhof
Ruban

IX. Senat: Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Ebling

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Herrmann

X. Senat: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Fischer

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
von Groll

XI. Senat: Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Widmann

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Hellwig

Fallen ein Mitglied und sein Vertreter aus, so tritt ein anderes
beisitzendes Mitglied des entsprechenden Senats jeweils in der
Reihenfolge des Dienstalters in den Großen Senat ein.

Anmerkungen

1. Soweit ein Richter mehreren Senaten angehört und von meh-
reren Senaten gleichzeitig benötigt wird, geht die Anforder-
ung desjenigen Senats vor, der zuerst in diesem Geschäfts-
verteilungsplan aufgeführt ist.
2. Nach welchen Grundsätzen die Mitglieder an den Verfahren
mitwirken, bestimmen die Vorsitzenden der Senate (§ 21g
Abs. 2 GVG).
3. Fehlt bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern bei einer
Sitzung ein Richter, so tritt an seine Stelle der an sich für
diese Sitzung nach der Regelung des Vorsitzenden des Senats
ausgeschlossene Richter. Fehlen bei einem Senat mit mehr als
fünf Mitgliedern zwei Richter und ist dadurch der Senat un-
terbesetzt, so tritt der Vertreter des dienstältesten fehlenden
Richters an dessen Stelle.
4. Im Falle der Verhinderung eines regelmäßigen Vertreters tritt
der zweite für Mitglieder des gleichen Senats bestimmte regel-
mäßige Vertreter für ihn ein. Ein regelmäßiger Vertreter ist
auch dann verhindert, wenn er von dem Senat, in dem er
Mitglied ist, gleichzeitig zu einer Sitzung außerhalb des regel-
mäßigen Sitzungstages beansprucht wird. Im Falle der Ver-
hinderung beider regelmäßiger Vertreter bestimmt der Präsi-
dent des Bundesfinanzhofs den dienstjüngsten verfügbaren
Richter zum Vertreter.
5. Für den Fall der Verhinderung des Vorsitzenden des Senats
und dessen Vertretung durch den regelmäßigen Vertreter gilt
dieser als fehlend.

C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes (1993/1994)

I. Mitglieder kraft Gesetzes

1. Der Präsident des Bundesfinanzhofs,
2. die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundesfinanzhofs.

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

II. Mitglieder durch Entsendung: Vertreter:

- | | |
|--|---|
| I. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Wassermeyer | Richter am Bundesfinanzhof Brenner |
| II. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Dr. Mößlang | Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sack |
| III. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwendy | Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sunder-Plassmann |
| IV. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Dr. Weiß | Richter am Bundesfinanzhof Dr. Bordewin |
| V. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Padberg | Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wagner |
| VI. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Dr. Drenseck | Richter am Bundesfinanzhof Thomas |

VII. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Olbertz	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hein
--	-------------------------------------

VIII. Senat:

Richter bzw. Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Grube, Ruban	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wolff-Diepenbrock, Dr. Gschwendtner
--	--

IX. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Herrmann	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gorski
---	---------------------------------------

X. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof von Groll	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Fischer
--------------------------------------	--

XI. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Hellwig	Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Ebling
------------------------------------	---

Großer Senat:

Vizepräsident des Bundesfinanzhofs Dr. Offerhaus	Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Beermann
--	--

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Ebling	Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Widmann
--	---

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den Gemeinsamen Senat ein.

D. Auflegung des Geschäftsverteilungsplans

Der Geschäftsverteilungsplan liegt in der Präsidialgeschäftsstelle des Bundesfinanzhofs zur Einsichtnahme aus.